

Stand: 18.02.2025 04:52:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/5390

"Gesellschaftliche Spaltung verhindern - Klimaschutz gemeinsam denken!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/5390 vom 11.12.2019
2. Beschluss des Plenums 18/5427 vom 11.12.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 36 vom 11.12.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Gesellschaftliche Spaltung verhindern – Klimaschutz gemeinsam denken!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt es ausdrücklich, wenn Kommunen Initiativen für nachhaltige Lebensweisen starten und diesbezüglich Anreize schaffen. Gleichzeitig appelliert der Landtag an die kommunale Selbstverwaltung, besonnen im Umgang mit neuen Initiativen zu sein, die eine gesellschaftliche Spaltung befördern und ein moralisches Zweiklassensystem schaffen können.

Begründung:

Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dafür müssen alle Ebenen an einem Strang ziehen. Wenn Kommunen Initiativen für eine nachhaltige Lebensweise starten und Anreize schaffen, ist das zu begrüßen.

Ökologische Anreize dürfen jedoch nicht der moralischen Überhöhung dienen. Die Auf- und Abwertung der individuellen Lebensweise durch Social Scoring (z. B. „Grüne Hausnummer“) lehnt der Landtag deshalb ab.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/5390

Gesellschaftliche Spaltung verhindern – Klimaschutz gemeinsam denken!

Der Landtag begrüßt es ausdrücklich, wenn Kommunen Initiativen für nachhaltige Lebensweisen starten und diesbezüglich Anreize schaffen. Gleichzeitig appelliert der Landtag an die kommunale Selbstverwaltung, besonnen im Umgang mit neuen Initiativen zu sein, die eine gesellschaftliche Spaltung befördern und ein moralisches Zweiklassensystem schaffen können.

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Martin Hagen

Abg. Toni Schuberl

Abg. Benno Zierer

Abg. Gisela Sengl

Abg. Ernst Weidenbusch

Abg. Martin Wagle

Abg. Christian Flisek

Abg. Christian Klingen

Abg. Sebastian Körber

Staatsminister Thorsten Glauber

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Kein Öko-Pranger in Bayern (Drs. 18/5313)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gesellschaftliche Spaltung verhindern - Klimaschutz gemeinsam denken!
(Drs. 18/5390)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und gebe dem Abgeordneten – –

(Robert Brannekämper (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Warum haben Sie die namentliche Abstimmung nicht aufgerufen?)

– Entschuldigung. Es gibt eine namentliche Abstimmung zu TOP 12.

(Robert Brannekämper (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Danke für den Hinweis, Herr Präsident!)

– Herr Abgeordneter Brannekämper, danke für den Zuruf. – Wir schreiten ganz normal fort. Das Wort hat Herr Abgeordneter Martin Hagen, FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Haus in der Poststraße 5 hat keine grüne Hausnummer. Was da wohl für asoziale Leute wohnen?

– Die Müllers essen mehr Fleisch als ihre Nachbarn. Kein Wunder, dass ihre Tochter so fett ist. – Herr Meier fährt mit dem Auto zur Arbeit anstatt mit dem Bus.

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Unglaublich!)

Das alte Umweltschwein! – Kevin, ist deine Familie so arm, oder warum habt ihr immer noch die alte Ölheizung? – Mir fehlen für meine grüne Hausnummer nur noch drei Punkte. Ich werde jetzt Mitglied bei Greenpeace. Damit habe ich dann das Soll erfüllt.

Meine Damen und Herren, Sätze wie diese wirken für uns alle in hohem Maße befremdlich, aber sie könnten in Bayern bald zum Alltag gehören.

(Klaus Adelt (SPD): Ach woher!)

Denn immer mehr Gemeinden diskutieren über die Einführung eines ökologischen Bewertungssystems für ihre Bürgerinnen und Bürger.

(Alexander König (CSU): Wahnsinn!)

Wer sich ökologisch korrekt verhält, erhält demnach eine grüne Hausnummer. Alle anderen erkennt man dann natürlich konsequenterweise daran, dass sie keine grüne Hausnummer haben.

(Klaus Adelt (SPD): Völlig irre!)

Was möglicherweise gut gemeint ist, wird in der Konsequenz zu einem öffentlichen Öko-Pranger.

(Alexander König (CSU): Pfui!)

Wir als FDP halten das für gefährlich und lehnen das ab.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Vilshofener Stadtrat steht heute ein entsprechender Antrag für so ein System auf der Tagesordnung. Demnach müssen Bürger mindestens 150 Punkte sammeln, um sich eine grüne Hausnummer zu verdienen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Wie in China!)

Sie müssen dafür einen Fragebogen mit 51 Kriterien ausfüllen. Sie müssen unter anderem ihre Essgewohnheiten offenlegen.

(Christian Flisek (SPD): Nein, müssen müssen sie gar nicht!)

– Doch, müssen sie, wenn sie sich für eine grüne Hausnummer bewerben, Herr Kollege.

(Christian Flisek (SPD): Müssen sie nicht! Es ist freiwillig!)

Sie müssen ihre Essgewohnheiten und ihr Mobilitätsverhalten offenlegen, den Stromverbrauch dokumentieren und angeben, ob sie ein E-Auto fahren. Es gibt auch Kommunen, die die Mitgliedschaft in bestimmten NGOs zum Kriterium machen.

(Alexander König (CSU): Wer hat diesen Wahnsinn vorgeschlagen? – Christian

Flisek (SPD): Halten Sie den Ball ein bisschen flach! – Alexander König (CSU):

Das können nur Sozis und Grüne gewesen sein!)

Meine Damen und Herren, es geht hier also nicht um eine grüne Plakette für einen bestimmten Gebäudestandard, wie es ihn vielerorts schon gibt und wogegen es überhaupt nichts einzuwenden gibt. Es geht um die Kennzeichnung des Verhaltens und der Lebensgewohnheiten der Bürgerinnen und Bürger. Ein solches Verfahren erinnert fatal an das sogenannte Social Scoring, wie wir es aus dem diktatorischen China kennen.

(Christian Flisek (SPD): Unglaublich ist das!)

Im Freistaat Bayern hat so etwas nichts zu suchen!

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es irritiert mich, dass dieser Antrag in Vilshofen von der FWG und von der GRÜNEN-Fraktion initiiert wurde. Es verstört mich, dass ihn der SPD-Bürgermeister dort unterstützt.

(Christian Flisek (SPD): Das liegt nur daran, dass die FDP da überhaupt nichts gewinnt! Die CSU hat überdies auch einstimmig zugestimmt!)

Es hat mich regelrecht fassungslos gemacht, dass das bayerische Umweltministerium diese Idee auch noch in einer öffentlichen Stellungnahme begrüßt hat.

(Christian Flisek (SPD): Die CSU hat übrigens auch einstimmig zugestimmt! – Zurufe von der CSU)

Meine Damen und Herren, deswegen brauchen wir heute – –

(Zurufe von der SPD)

– Sie haben alle noch Ihre Redezeit,

(Klaus Adelt (SPD): Aber so viel Schwachsinn!)

bleiben Sie ruhig, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, beruhigen Sie sich. – Es braucht heute deswegen ein klares Signal aus dem Bayerischen Landtag, dass wir so eine Form von Social Scoring ablehnen. Es freut mich deswegen, dass auch die Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN ihre Zustimmung signalisiert haben. Wir müssen klarmachen, dass wir von so einer Bewertung der Bürger durch die Politik nichts halten.

(Gisela Sengl (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Das ist ja verrückt!)

Ein Öko-Pranger hat in unserer freiheitlichen Gesellschaft keinen Platz.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, Zwischenbemerkung des Abgeordneten Schuberl. Bitte schön.

Toni Schuberl (GRÜNE): Heute hat der Finanzminister den Klimaschutz mit der Unterdrückung in der DDR verglichen. Mantraartig wird von Ihnen wiederholt, es dürfe

keine Verbote geben, sondern Anreize und Förderungen. Die Menschen sollen freiwillig Gutes tun,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Genau! Freiwillig!)

und persönliches Verhalten soll geändert werden. Jetzt hat die Stadt Vilshofen in meiner Heimatregion das aufgegriffen. Auf Antrag von FREIEN WÄHLERN und GRÜNEN – mit Zustimmung der CSU im Übrigen –

(Christian Flisek (SPD): Genau!)

ist vom Stadtrat einstimmig beschlossen worden, nachhaltiges Verhalten positiv auszuzeichnen.

(Christian Flisek (SPD): Redet ihr nicht mit euren Leuten vor Ort? – Alexander König (CSU): Die müssen besoffen gewesen sein, die da zugestimmt haben!)

Und Sie bezeichnen das als "Öko-Pranger"!

Was sollen wir denn jetzt machen? Wenn wir als Staat einen Ordnungsrahmen setzen wollen, dann wird sofort "Planwirtschaft und Sozialismus" geschrien.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wollen wir ein positives freiwilliges Verhalten der Bürger und Bürgerinnen fördern, dann ist es "Öko-Pranger". Dann wird das auf Facebook usw. mit dem "Dritten Reich", mit China – auch von dir jetzt – oder der DDR verglichen. Das ist unsäglich!

(Zurufe von der CSU und der SPD)

Euer Dringlichkeitsantrag ist mehr als peinlich, liebe FDP. Wir wollen positives Verhalten als Gesellschaft schätzen und hoch achten. Das darf man auch öffentlich darstellen!

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, die Redezeit bitte!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Martin Hagen (FDP): Herr Kollege Schuberl, lieber Toni, wenn man nicht möchte, dass eine politische Maßnahme mit einer Maßnahme aus China verglichen wird, dann sollte man keine Maßnahme beschließen, die einer Maßnahme aus China ähnlich ist. Es ist nun einmal ein Social Scoring!

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): So ist es! – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Es ist nun mal ein Social Scoring, wenn das persönliche Verhalten und die Konsumgewohnheiten von Bürgern bewertet werden, in ein Punktesystem gepresst werden und entsprechend gekennzeichnet werden.

(Christian Flisek (SPD): Verrenn dich nicht! – Klaus Adelt (SPD): So ein Stuss!)

Es ist Social Scoring, sorry!

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Benno Zierer, Fraktion der FREIEN WÄHLER, auf.

(Florian von Brunn (SPD): Ob das besser wird? – Alexander König (CSU): Da kannst du jetzt mal draufhauen!)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Es ist unglaublich, mit welcher Brisanz dieser Antrag gestellt worden ist und wie wichtig das ist. Normalerweise ist die AfD für vergnügungssteuerpflichtige Anträge verantwortlich. Aber das färbt scheinbar auch auf die Seite von Herrn Muthmann ab.

(Beifall bei der SPD)

Man muss sich fragen: Haben wir keine anderen Probleme?

(Martin Hagen (FDP): Ihre Fraktion in Vilshofen scheinbar nicht!)

Dass Kommunen Anreize für umweltbewusstes Verhalten oder sparsamen Umgang mit Ressourcen bieten, ist gang und gäbe. Mal werden die fleißigsten Radler ausgezeichnet, dann gibt es von den Stadtwerken einen Preis für Kunden, die den Energieverbrauch am stärksten senken, oder es werden besonders energieeffiziente Gebäude prämiert. Es ist zu begrüßen, wenn Kommunen solche Anreize schaffen. Die grüne Hausnummer in Vilshofen, die jetzt für Aufsehen sorgt, schießt aus meiner und unserer Sicht über das Ziel hinaus.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ihr habt aber zugestimmt!)

Die sozialen Komponenten sind angesprochen worden. Es gibt eben Menschen, die sich kein E-Auto leisten können oder wollen, oder Hausbesitzer, die nicht auf Wärmepumpen umstellen können, oder Leute, die beim täglichen Konsum zunächst auf den Geldbeutel schauen müssen. So weit darf es nicht kommen, dass jemand gebrandmarkt werden könnte. Wir wollen natürlich kein solches moralisches Zweiklassensystem. Aber ich sehe die Gefahr nicht so akut. Im Landkreis Main-Spessart gibt es eine grüne Hausnummer in ähnlicher Form.

(Christian Flisek (SPD): Seit 2018! Ohne Dringlichkeitsantrag!)

– Ja, genau. So weit bin ich noch nicht. – Seit 2018, mit anderen Kriterien. Sie ist im letzten Jahr 28 Mal vergeben worden. Da ist der Weg zu einer ökologischen Zweiklassengesellschaft oder zu einem Öko-Pranger schon noch ziemlich weit. Deshalb sollte man dieses Thema nicht zu hoch aufhängen. Ich bin allerdings auch der Meinung, dass es für eine Stadtverwaltung oder eine Gemeinde sinnvollere Aufgaben gibt, als einen Fragebogen auszuwerten und wissen zu wollen, ob jemand ein Insektenhotel im Garten hat oder Tofu oder Fleischpflanzerl isst.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir appellieren deshalb mit unserem Antrag an die Kommunen, mit solchen Initiativen besonnen umzugehen, und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

Die FDP klammert in ihrem Antrag aus, dass es hier um einen Bereich der kommunalen Selbstverwaltung geht. Wir sind hier im Landtag. Wir sind nicht die Oberaufsicht der Kommunen. Dennoch stimmen wir dem Antrag in geänderter Form zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der FDP – Martin Hagen (FDP): Immerhin!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin rufe ich Frau Gisela Sengl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auf.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte macht mich einigermaßen fassungslos. Ich finde es unglaublich und hätte von euch nicht erwartet, dass ihr euch als absolut unterirdische, populistische, unintellektuelle Partei präsentiert!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Heiterkeit bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Angriff ist die beste Verteidigung, oder? Da kann man auch Dinge erklären, die nicht zu erklären sind!)

In Bayern werden Verfassungsmedaillen für den großen Einsatz für die Umwelt verliehen. Es gibt Ehrenamtstage. Es gibt sogar Auszeichnungen für Blutspender.

(Unruhe)

Könnt ihr mir jetzt einmal zuhören?

(Zuruf von der CSU: Zwangsmitgliedschaft!)

Es gibt Biozertifizierungen von landwirtschaftlichen Betrieben. Es gibt Auszeichnungen, etwa "Umweltschule in Europa". Auch da ist übrigens ein Kriterienkatalog zu er-

füllen. Diese Reihe könnte man ewig lange weiterführen. Zum Glück hat hier noch niemand von "Sozial-Pranger" oder von "Öko-Pranger" gesprochen.

(Zurufe von der CSU)

– Jetzt hört einmal zu! – Nach der Logik Ihres Antrags müssten alle diese Auszeichnungen sofort gestrichen werden,

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Das ist kein Punktesystem!)

weil eine Auszeichnung in Ihrem Sinn alle Menschen, die diese Auszeichnung nicht bekommen, an den Pranger stellt oder schlechtmacht. Welch verquere Haltung.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Da muss man wissen, was Sie unter "quer" verstehen! Da gibt es Bilderbücher, die ähnlich sind!)

Lob ist effektiver als Tadel. Ihr alle braucht Nachhilfe in Pädagogik. Das ist für euch scheinbar ein Fremdwort. Da könnte euch die Kollegin weiterhelfen. Gemeinwohlorientiertes Verhalten auszuzeichnen, sollte eine schöne politische Aufgabe sein.

(Alexander König (CSU): Früher waren Hausnummern etwas Offizielles!)

Schließlich ist unsere Gesellschaft auf diese vielen engagierten Menschen angewiesen. Wir können stolz darauf sein, dass es solche Menschen in unserer Mitte gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Engagement von Menschen, die umweltbewusst und ressourcenschonend leben, ist für unsere Gesellschaft wichtig. Wir profitieren schließlich alle von besserer Luft und sauberer Umwelt.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Das Bemühen um eine klimaschonende Lebensweise verdient großen Respekt; denn eine solche Lebensweise wird bei uns in Bayern alles andere als leicht gemacht, da

die politischen Rahmenbedingungen seit Langem fehlen, die es Menschen leicht machen, sich umweltbewusst und klimaschonend zu verhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Das wird von euch, von der FDP und der CSU, immer verhindert. Ganz ehrlich: Mich machen eure so starken Worte und das, was hier stattfindet, richtig betroffen.

(Alexander König (CSU): Ihre Argumentation macht uns betroffen, aber sehr! – Weitere Zurufe von der CSU)

Eine solche Wortwahl verurteilt geradezu gemeinwohlorientiertes Verhalten und führt auf den digitalen Plattformen zu unsäglichen Debatten.

(Zuruf von der CSU: Das ist ja Wahnsinn!)

Ich dachte, es sei Grundkonsens in diesem Hohen Haus, ein Verhalten, das positive Auswirkungen auf uns alle hat, zu würdigen und zu belohnen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Rednerpult.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Einen Augenblick noch bitte, denn ich habe noch einen Zusatz, weil es noch einen nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER gibt. Das hat mich total überrascht, weil ihr eigentlich dabei gewesen seid.

Wir werden auch den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER ablehnen; denn was unterstellt ihr mit dem Zusatz: "Gleichzeitig appelliert der Landtag an die kommunale Selbstverwaltung [...]" den Kommunen? Dass sie überhaupt keine Ahnung von etwas haben? Das heißt, der Landtag muss den Kommunen vorschreiben, was sie tun dür-

fen und was nicht? Ihr seid doch immer für die große Freiheit der Kommunen eingetreten. Wir werden diesen Dringlichkeitsantrag ablehnen, weil das Wording unmöglich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zur Zwischenbemerkung: Herr Abgeordneter Martin Hagen.

Martin Hagen (FDP): Frau Kollegin, ich fand Ihren Wortbeitrag sehr aufschlussreich, weil ich in der "Passauer Neue Presse" gelesen habe, was in Vilshofen von einer kleinen Fraktion beantragt wurde. Ich habe mir gedacht: Gut, jeder hat im Stadtrat mal Leute, die komische Anträge stellen. Es wird sich vielleicht um ein Missverständnis handeln. Sie positionieren sich jetzt sehr deutlich hinter diesem Verfahren. Es ist sicherlich für die Öffentlichkeit interessant zu sehen, wer solche Verfahren für Bayern als vorbildlich erachtet und wer nicht.

Frau Kollegin, ich habe eine Frage; denn Sie haben den Vergleich mit Verfassungsmedaillen und Auszeichnungen gebracht. Es besteht ein Unterschied zwischen der Auszeichnung aufgrund eines besonderen Verdienstes, die in der Öffentlichkeit getragen werden kann, und der Kennzeichnung eines Hauses, sodass der Passant weiß: In diesem Haus wohnt eine Familie, die sich im Sinne der GRÜNEN korrekt verhält oder nicht. Ist Ihnen dieser Unterschied bewusst?

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gisela Sengl (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Erstens geht es hier um eine freiwillige Teilnahme.

(Zurufe von der CSU)

Zweitens. Ich glaube, die sind alle komplett zurückgerudert; denn sie haben gesehen: Das wirft sehr viele Fragen auf.

(Alexander König (CSU): Ah, ah!)

Es ging vor allem um das Ersetzen der Hausnummer, also darum, die eine Hausnummer ab- und die andere Hausnummer hinzuschrauben. Das ist etwas anderes, als zu sagen: Das zeichnet man zusätzlich aus. Mir bzw. uns geht es darum: Die Politik darf und soll positives und gemeinwohlorientiertes Engagement auszeichnen.

Nochmals zur Umweltschule: Eine Schule kann sich als Umweltschule bewerben, muss aber einen Kriterienkatalog erfüllen. Auch das wird auf der Seite der Schule veröffentlicht.

(Zuruf von der CSU: Wahnsinn! – Weitere Zurufe von der CSU und der FDP)

Auch da könnte es Eltern geben, die sagen: Nein, welche böse Schule ist eine Schule ohne die Plakette "Umweltschule". So etwas zu sagen, wäre niemandem eingefallen. Diesen Frame macht ihr auf. Das finde ich wirklich traurig.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD:
Und mit welcher Sprache!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Sengl, ich brauche Sie nochmals zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Ernst Weidenbusch.

Ernst Weidenbusch (CSU): Frau Kollegin Sengl, ist Ihnen wirklich nicht klar, welche Auswirkungen das hat? Wer heute die Straße entlangfährt und die Häuser ansieht, kann feststellen, welche Hausnummer grün, schwarz oder sonst wie gefärbt ist. In Grünwald schicken die Leute bei mir oder Kerstin die Haushaltshilfen los und bekommen so alle grüne Schilder. Aber diejenigen, die sich das nicht leisten können, sind sozial sofort geächtet, weil der Unterschied sogleich sichtbar ist. So geht es leider nicht. Wenn Sie anfangen wollen, soziales Verhalten – worum es dabei geht, ist hier gar nicht die Frage – auf diese Weise zu kennzeichnen, dann stellen Sie sich bitte schön vor – absichtlich überspitzt formuliert –: Jemand, der über 100.000 Euro Steuern zahlt, bekommt in Zukunft ein goldenes Hausnummernschild, weil er zur Allgemeinheit besonders viel beiträgt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wissen Sie, was passiert, wenn die Leute herumfahren und schauen, wer ein goldenes oder ein blaues Hausnummernschild hat? – Das ist das Problem Ihres Antrags.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gisela Sengl (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Die größte Angst haben Sie vor der Farbe grün.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das sagen Sie einem Jäger! – Allgemeine Heiterkeit)

Ich meine es ernst: Das Ganze soll wirklich eine Vorbildfunktion haben, also Positives bewirken, und positives Verhalten soll auch geehrt werden. Ich finde es wirklich traurig, dass neben den politischen Rahmenbedingungen, die wir endlich einmal ändern sollten, dieses positive Instrument in Bezug auf ökologisches Verhalten und auf eine klimaschonende Lebensweise so in Misskredit gebracht wird. Dieses Anliegen wird nicht ernst genommen. Ich möchte einmal wissen, wie es zum Beispiel mit den Blutspendern ist. Da ist es noch niemand eingefallen zu sagen: Du kümmerst dich um gar nichts, weil du noch nie Blut gespendet hast. Das ist das Gleiche.

(Unruhe bei der CSU)

Wenn Blut gespendet wird, wird das überall veröffentlicht und ist überall einsehbar. Das ist eine öffentliche Auszeichnung.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Nein, ihr versteht das nicht.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Nein. Ich finde das eine künstliche Diskussion zu diesem Thema. Euch fällt scheinbar kein anderes Thema mehr ein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Hagen (FDP): Sie begreifen es wirklich nicht!
Das sind die Gefährlichsten, die nicht verstehen, was das soll!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Martin Wagle von der CSU-Fraktion, auf. Bitte.

Martin Wagle (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Sengl, bei allem Wohlwollen, seien Sie mir bitte schön nicht böse: Wenn man die Verfassungsmedaille und Blutspenderauszeichnungen mit einer grünen Hausnummer vergleicht, hat es einem doch jedes Maß komplett verschoben.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Da hilft Ihnen auch kein nachträgliches Rückwärtsausparken mehr. Das können Sie nicht rechtfertigen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Als ich in der Zeitung gelesen habe, nachhaltige Haushalte in einer bayerischen Gemeinde bekommen grüne Hausnummern, habe ich gedacht, wir haben Rosenmontag oder den 1. April; dann hätte ich das Ganze noch in die Ablage "schlechter Witz" legen können, also direkt in den Papierkorb.

(Florian von Brunn (SPD): Warum hat die CSU zugestimmt? – Anne Franke (GRÜNE): Haben Sie etwas gegen nachhaltige Haushalte?)

Tatsächlich meint es da jemand ernst, tatsächlich sollen diese grünen Hausnummern vergeben werden, und das, werte Kolleginnen und Kollegen, bleibt ein schlechter Witz, und lachen kann ich da nicht mehr.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Warum hat die CSU zugestimmt?)

Mir ist natürlich vollkommen klar, dass ein Kommunalwahlkampf vor der Tür steht und sich jetzt der eine oder andere Kandidat noch profilieren will oder sogar muss. Aber die grüne Hausnummer geht dann doch entschieden zu weit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Verstehen Sie mich nicht falsch; Umweltthemen sind wichtig, sie gehören auf den Tisch,

(Alexander König (CSU): Aber nicht an die Haustür!)

sie bewegen die Bevölkerung und auch die Politik. Wir in Bayern wissen das ganz genau. Wir nehmen die Herausforderungen an, im Interesse der Menschen und der Zukunft.

Dabei muss man aber die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen und nicht die Bürgerschaft spalten. Das geschieht mit diesen grünen Hausnummern.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Die Initiatoren und Befürworter wollen nämlich die Wahrheit gar nicht sehen: Nicht jeder kann sich ein neues Elektroauto kaufen, nicht jedem gehört das Haus, in dem er wohnt, und deshalb kann sich eben nicht jeder so einfach eine Solaranlage aufs Dach bauen, und nicht jeder kann sich Einkäufe für sich oder seine Familie im Bioladen leisten, und nicht jeder will Mitglied von "Greenpeace" sein. Das alles sind Punkte, die dann dazu führen sollen, dass der Bürgermeister vorbeikommt und einem ein grünes Taferl überreicht. Ein Wahnsinn!

Wenn Ihnen das noch nicht reicht, es geht noch weiter.

(Alexander König (CSU): Der grüne Wahnsinn!)

Dann hat einer eine grüne Hausnummer, weil er alle Kriterien erfüllt, die sich irgendjemand hat einfallen lassen, und dann macht er vielleicht eine Kreuzfahrt oder er verreist sogar mit dem Flugzeug in den Urlaub, auf den er gespart hat. Muss er dann die Plakette wieder zurückgeben und die alte Hausnummer anbringen?

(Heiterkeit bei der CSU – Alexander König (CSU): Ständiger Hausnummernwechsel!)

Oder sind wir dann irgendwann so weit, dass öffentlich bestellte Kontrolleure einen Blick in die Mülltonnen vor den Häusern mit den grünen Hausnummern werfen, um zu prüfen, ob der Müll richtig getrennt ist oder auf Plastik verzichtet wurde?

(Jürgen Mistol (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Das ist eine flache Rede! –
Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Eine gute Rede!)

Deutschland hat Gott sei Dank die Zeiten hinter sich, in denen Verbote, Denunziantentum und der Druck zum Wohlverhalten zum Alltag gehörten.

(Margit Wild (SPD): Ja, sag einmal! – Weitere Zurufe von der SPD)

In China werden schon jetzt Menschen nach ihrem Wohlverhalten beurteilt. Wer sich ordentlich benimmt und keinen Widerspruch leistet, wer brav bei der Partei ist, sogar wer seine Fenster ordentlich putzt, der kann eine Auszeichnung als vorbildlicher Bürger bekommen. – Ich will Bayern ganz sicher nicht mit China vergleichen.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Wer hat Ihnen das aufgeschrieben? Das darf nicht wahr sein!)

Wollen Sie wirklich, dass man an der Hausnummer erkennt, wer der vermeintlich bessere Mensch ist und wer sich gerade keinen Kühlschrank der neuesten Generation kaufen kann oder wer nicht Mitglied bei "Greenpeace" ist?

(Unruhe)

Die Befürworter der grünen Hausnummer werden jetzt sagen, dass diese oder ähnliche Auszeichnungen nur ein Anreiz oder eine Belohnung sein sollen.

(Zuruf: Stuss!)

Ich kann nur davor warnen. Aus Anreizen kann auch Druck werden, erst durch das Umfeld und die Gesellschaft, dann vielleicht durch Verordnungen. Von Freiwilligkeit ist dann keine Rede mehr. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das passt nicht zu unseren Vorstellungen eines mündigen Bürgers, und der ist nun einmal die wichtigste Grundlage unserer Demokratie.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Die Verleihung grüner Hausnummern schafft Öko-Eliten und spaltet unsere Gesellschaft.

(Klaus Adelt (SPD): Das macht ihr schon länger! – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Wenn Gemeinden eine gute Idee haben, wie sie ihre Bürgerinnen und Bürger in der Umweltbildung nach vorne bringen, dann begrüßen wir das. Aber die grüne Hausnummer, die ich – mit Verlaub – für einen ausgemachten Schmarrn halte, sollte ordnungsgemäß im Altmetallcontainer entsorgt werden.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Wir unterstützen die Anträge der FDP und der FREIEN WÄHLER.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zwischenbemerkung: Abgeordneter Schuberl, bitte.

Toni Schuberl (GRÜNE): Also, da hier ein großer öffentlicher Pranger für nachhaltiges Verhalten hier im Landtag aufgestellt wird, möchte ich einiges geraderücken. Nur

als Randnotiz: Im Vilshofener Stadtrat sitzt kein einziger Grüner – leider. Aber die CSU hat vollzählig zugestimmt und noch eines draufgepackt.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Hört, hört!)

Heuer, 2019, ist Innenminister Joachim Herrmann als "Kavalier der Straße" ausgezeichnet worden, wegen seines vorbildlichen Verhaltens im Straßenverkehr. Er bekommt dafür eine Plakette, die er am Auto anbringen kann, damit jeder von außen sehen kann, hier verhält sich jemand vorbildlich.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ihr versteht es nicht! – Gegenrufe von den GRÜNEN – Gegenrufe von der CSU)

Im CSU-regierten Landkreis Straubing-Bogen hat ein Wettbewerb "Die Goldene Hausnummer" stattgefunden. Gebäude wurden ausgezeichnet, an denen die Auszeichnung dann angebracht werden konnte, und zwar nicht nur wegen nachhaltiger Gestaltung oder Bauens, sondern auch wegen nachhaltigen Wohnens, Nutzens und sparsamen Energieverbrauchs

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Toni Schuberl (GRÜNE): der Hausbewohner.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Martin Wagle (CSU): Lieber Herr Kollege, ich glaube, ich habe deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir gute Ideen natürlich fördern, nicht aber Ideen, die die Gesellschaft spalten und nur Öko-Eliten fördern.

(Beifall bei der CSU – Katharina Schulze (GRÜNE): Was ist mit der Goldenen Plakette? Die CSU hat doch dem zugestimmt! – Weitere Zurufe der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE) – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte hier. – Herr Abgeordneter Flisek für eine Zwischenbemerkung.

Christian Flisek (SPD): Herr Kollege Wagle, ich habe an Sie eigentlich nur eine Frage, da Sie als Redner der CSU-Regierungsfraktion zu diesem Dringlichkeitsantrag Stellung nehmen. In diesem Dringlichkeitsantrag wird ausdrücklich die Stadt Vilshofen genannt. Kennen Sie den Kriterienkatalog der Stadt Vilshofen? – Offensichtlich nicht.

(Widerspruch bei der CSU)

– Nein, wir sollten hier keine Fake News verbreiten. Es ist keine Rede von "Greenpeace"-Mitgliedschaften oder von Mitgliedschaften in irgendwelchen Organisationen; es ist nicht die Rede von Fleischkonsum oder sonst irgendwelchen Dingen.

(Alexander König (CSU): Sondern von Hausnummern! – Weitere Zurufe von der CSU)

– Nein, davon ist im Kriterienkatalog nicht die Rede. Ich würde Sie doch bitten, dass Sie bei der Auseinandersetzung mit dieser Thematik, bei aller Sachlichkeit, die Sie im Ton walten lassen, nicht irgendwelche Dinge verbreiten, die nicht den Tatsachen entsprechen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Martin Wagle (CSU): Lieber Herr Kollege Flisek, falls Sie mir nicht genau zugehört haben, ich habe diese Stadt mit keiner Silbe genannt, sondern habe allgemein zu dieser Art der Brandmarkung Stellung genommen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: der Abgeordnete Christian Klingen, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Was wir heute hier verhandeln, ist ein weiteres Stück aus dem grünen Öko-Tollhaus.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Von der CSU gestützt! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Dann steht doch zu euren Entscheidungen!)

Medienberichten zufolge sollen in Vilshofen an der Donau auf Anregung der FREI-EN WÄHLER und der GRÜNEN demnächst grüne Hausnummern an Bürger vergeben werden, die sich ökologisch verhalten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

In die Bewertung – wie wir es gerade gehört haben – sind der Stromverbrauch, Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel – –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Pardon, Herr Abgeordneter. – Frau Fraktionsvorsitzende Schulze, würden Sie sich bitte etwas mäßigen und dem Redner jetzt Gehör schenken?

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Jawohl!)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Christian Klingen (AfD): Andersfarbige Hausnummern kommen damit an einen Öko-Pranger, wie wir es gerade gehört haben; die Bewohner von Häusern, die kein grünes Schild bekommen, sind automatisch stigmatisiert. Sogar die "Bild"-Zeitung hat irritiert gefragt – ich zitiere –: Ist das noch sinnvolle Umweltförderung oder schon Bevormundung der Bürger?

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Unruhe)

Denn was würde das in der Praxis bedeuten? – Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind, um zur Arbeit zu kommen, würden ebenso diskriminiert wie Bürger, die kein Baugrundstück in der Nähe einer Bushaltestelle gefunden haben, was in einigen Ge-

meinden den Punktestand auf dem Öko-Bewerbungsbogen erhöht. Aber auch Familien, die sich Bio-Lebensmittel einfach nicht leisten können, würden ausgegrenzt, genauso wie kritische Geister, die irgendwelche Öko-Vereine wie "Greenpeace" nicht unterstützen wollen.

GRÜNEN-Chef Habeck, die große Hoffnung aller Klimahysteriker und Verbotsfanatiker, hat bereits öffentlich von der chinesischen Diktatur geschwärmt, die er offenbar für nachahmenswert hält.

(Beifall bei der AfD)

Auch in China wird es ab dem nächsten Jahr ein Social Scoring geben. Ich weiß nicht, ob im Hohen Haus jedem klar ist, was das im Detail bedeutet. Mit einem gigantischen Bonus-Malus-System will das kommunistische Regime in China mithilfe flächendeckender Überwachung und künstlicher Intelligenz jeden einzelnen seiner 1,4 Milliarden Bürger zu sozialistisch tugendhafter Folgsamkeit zwingen.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Gesetzestreue, moralisches Wohlverhalten, soziales Engagement, Aktivitäten im öffentlichen Interesse und Umweltschutz – so die offizielle Lesart – sollen belohnt werden. Das hört sich erst einmal supergut an – so gut, wie unser grünes Hausnummernsystem, das auch nur vorbildliches Verhalten honorieren will. Tatsächlich verbirgt sich hinter dieser scheinbar harmlosen Beschreibung aber die komplette Versklavung der Bürger, denn bei Fehlverhalten droht Punkteabzug.

Wer jetzt denkt, bei dem System geht es nur darum, bei den Bürgern zu schauen, dass man nicht bei Rot über die Ampel fährt, keine Tiere quält oder nicht im Supermarkt stiehlt, ist von der Realität weit entfernt. Bestraft werden nicht nur regierungskritische Äußerungen – was eigentlich schon schlimm genug ist –, sondern die verhängnisvollen Negativbewertungen reichen bis tief in den privaten Bereich hinein.

Bürger, die alleine in einer großen Wohnung leben, werden mit Minuspunkten bestraft. Familien, die gemeinsam in kleinen Wohnungen leben, sollen hingegen Pluspunkte erhalten. Ein ausländisches Oberklasseauto zu fahren, wird mit Punkteabzug geahndet. Geahndet wird auch, wenn ein Bürger nicht freiwillig beim Bäumepflanzen hilft – nur, um ein paar kleine Beispiele zu benennen, die uns irgendwie vertraut vorkommen sollten.

Die geplanten Konsequenzen bei Nichtbefolgung sind drastisch und existenzbedrohlich. Ab einem gewissen Minuspunktstand bekommt man keine Bankkredite und keine Kreditkarten mehr. Man darf keine Wohnung, kein Auto und auch keine Flugtickets oder Fahrkarten für die Bahn kaufen. Im Extremfall werden auch die Kinder für das Fehlverhalten ihrer Eltern bestraft; sie dürfen dann nicht mehr zur Schule gehen. Der Höhepunkt des Horrors ist das Verbot, seiner Arbeit nachzugehen. Wie man dann seinen Lebensunterhalt verdienen soll, entzieht sich meiner Vorstellungskraft. Besonders infam ist: Diese Menschen können die Familie und Freunde nicht mehr um Hilfe bitten. Wer Pluspunkte besitzt und sich mit Inhabern von Minuspunkten abgibt, riskiert ebenfalls einen Punkteabzug.

Was sich nach einer grotesken Satire à la Huxleys "Brave New World" anhört, ist nicht nur chinesische Zukunft, sondern vermutlich auch der Traum von Robert Habeck und seinen grünen Genossen, die sich ein allumfassendes Kontroll- und Umerziehungssystem à la "Schöne neue Welt" herbeisehnen. Es drängt sich dann die Frage auf: Wann und wofür werden bei uns Maluspunkte eingeführt; zum Beispiel für dicke Dienstwagen und häufige Flugreisen? – Na gut, die GRÜNEN wären dann an vorderster Front bei den Ökosündern. Aber wann dürfen wir uns von der AfD über den blauen Stigmastern für falsche politische Meinungen freuen, weil nicht links-grün-bunt?

Meine Damen und Herren, wir von der Alternative für Deutschland wenden uns entschieden gegen jegliche Form dieses Ökoterrors und stimmen daher dem Antrag der FDP-Fraktion zu.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Christian Flisek, SPD-Fraktion, auf.

Christian Flisek (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich rede hier nicht als Fachpolitiker, sondern ich rede deshalb, weil die Stadt Vilshofen, die in dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion konkret genannt ist, in meinem Wahlkreis liegt.

Ich weiß nicht, wie die Bürgerinnen und Bürger das heute sehen, aber ich habe den Eindruck, dass wir gerade einen neuen bayerischen Kulturkampf austragen. Als hätten wir keine anderen Probleme in diesem Land!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das ist mehr als Kulturkampf! Das ist Demokratiekampf!)

Ich will ein paar Bemerkungen aus meiner Sicht machen. Zunächst eine Vorbemerkung: Was mich persönlich betrifft, würde ich mich, wenn es in meiner Stadt so ein Angebot gäbe, nicht darum bewerben. Das zeigt aber wiederum, dass das Ganze freiwillig ist. Im Übrigen gibt es das nicht nur in Vilshofen, sondern auch in der Stadt Freyung gibt es das seit mehreren Jahren, und das bei einem CSU-Bürgermeister und niederbayerischen Bezirkstagspräsidenten von der CSU. Diese Dringlichkeit der Empörung, die Sie hier permanent zum Ausdruck bringen, ist schon – sehen Sie es mir nach – ein Stück weit geheuchelt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Ich will jetzt einiges einordnen. Stichwort "Kommunales Selbstverwaltungsrecht": Wenn sich Gemeinderäte und Gemeinderätinnen vor Ort überlegen, wie wir Bürger mit Anreizen anstelle von Verboten zu kleinteiligem ökologisch positivem Verhalten animieren können, dann kann man über den Weg streiten.

(Zuruf von der CSU: Das kann man auch ohne Schild!)

Aber wir sollten in Zeiten vor der Kommunalwahl eines auf jeden Fall nicht tun, und zwar genau mit solchen Anträgen die Leute, die sich vor Ort über die Parteigrenzen hinweg Gedanken machen und zu Lösungen kommen, an den Pranger stellen. Das tun aber solche Anträge, Herr Kollege Hagen!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Heute Morgen war im Bayerischen Rundfunk zu hören, dass wir in den ersten bayerischen Kommunen Probleme haben, Bürgermeisterkandidaten zu bekommen. Angesichts der aufgeheizten politischen Stimmung, die wir im Land haben, und angesichts der Tatsache, dass auch Kommunalpolitiker mittlerweile enormen Anfeindungen ausgesetzt sind, verwundert das nicht.

Meine feste Überzeugung ist, dass man mit substanzieller Kritik sagen kann: Ich will so etwas nicht; ich möchte auch nicht, dass sich Kommunen an so etwas beteiligen. – Eines sollte man aber nicht tun: Man sollte jetzt nicht eine komplette Stadt oder eine Kommune, die sich geschlossen und über die Parteigrenzen hinweg entschlossen hat, einen solchen Weg als Pilotprojekt anzugehen, in die Ecke und in den Schatten stellen und sagen: Ihr seid in Zukunft diejenigen, die mit China vergleichbar sind.

Kommen wir zum nächsten Punkt. Es geht um die Sprache. Entschuldigen Sie bitte, aber China-Vergleiche sind so etwas von daneben!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

Ich sage Ihnen noch etwas. Die ganze Stimmung, die Sie gerade, auch angeheizt von "Bild"-Zeitung und Co. und den sozialen Medien, in denen das gerade alles hochkocht, produzieren, führt dazu: Ich habe heute Morgen mit Florian Gams, dem Bürgermeister der Stadt Vilshofen, telefoniert. Seit gestern steht sein Telefon bei ihm zu Hause und auch im Rathaus nicht mehr still. Es rufen Leute an und schreien: Wo gibt's die Juden-

sterne? – Entschuldigen Sie bitte, aber ist am Ende das, was wir wollen, Kommunalpolitiker in solche Situationen zu bringen?

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie uns bitte sachlich bleiben. Wenn wir sagen, wir wollen so etwas aus guten Gründen nicht, kann man das hier vortragen. Lassen Sie aber bitte die China-Vergleiche. Lassen Sie Begriffe wie "Öko-Pranger". Lassen Sie das weg! "Brandmarkung" – lassen Sie auch das weg! Das ist nicht die Sprache, mit der wir im Bayerischen Landtag über solche Themen debattieren sollten. Wir haben vor der Kommunalwahl eine Verantwortung für die Kommunalpolitikerinnen und die Kommunalpolitiker, die an Lösungen vor Ort interessiert sind.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD) – Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Sie haben manchmal einen Irrweg begangen. Vilshofen ist ein Beispiel dafür, und dort werden sie jetzt sagen: Wir werden keine Hausnummern mehr vergeben, sondern Urkunden verteilen.

(Martin Hagen (FDP): Sehr gut! Dann könnt ihr doch zustimmen!)

Aber, Herr Hagen, schreiben Sie sich das nicht auf die Brust,

(Martin Hagen (FDP): Es ist aber so!)

weil Ihre Aktion genau das Gegenteil bewirkt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung stammt von dem Abgeordneten Sebastian Körber.

Sebastian Körber (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Flisek, gerade weil Kommunalwahl ist, sollten die Menschen sehr wohl vorher wissen, was passiert, wenn sie die oder die Partei wählen.

(Beifall des Abgeordneten Martin Hagen (FDP) – Zurufe von den GRÜNEN)

Ich lese Ihnen jetzt erst noch einmal den Antragstext vor; denn Sie sprechen hier von völlig falschen Dingen.

Der Landtag spricht sich gegen jede Art von Social-Scoring aus, das das Verhalten von Bürgerinnen und Bürgern bewertet. Insbesondere wendet er sich gegen die Kennzeichnung von vermeintlich ökologisch korrektem Verhalten.

Herr Flisek, ich bin ein großer Fan davon, dass die Menschen für das Alter Wohneigentum erwerben. Jemand hat ein Haus gekauft und zahlt das gerade mühsam ab. Sie wollen, dass er jetzt quasi öffentlich bevorteilt wird, wenn er eine energetische Sanierung vornimmt, sich ein Elektroauto kauft usw. Eine energetische Sanierung kostet für ein Einfamilienhaus – das scheint Sie zu langweilen, aber es sind dennoch harte Fakten – ungefähr 100.000 Euro.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich frage Sie: Was passiert, wenn drei Häuser ein grünes Schildchen dranhaben und das nächste nicht? Der Eigentümer steht dann nämlich auch noch am sozialen Pranger, weil er es sich vielleicht nicht leisten kann,

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

seine Fenster auszutauschen oder eine neue Heizung einzubauen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Sebastian Körber (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Den stigmatisieren Sie dadurch sogar!

(Beifall bei der FDP)

Christian Flisek (SPD): Unsere gesamte Bau- und Energiepolitik setzt unter anderem daran an, dass wir Menschen, die ökologisch bzw. energieeffizient bauen, mit Steuergeldern, das heißt mit staatlichen Subventionen, fördern. Man kann immer sagen: Derjenige, der es sich ohnehin leisten kann, bekommt noch etwas obendrauf und derjenige, der es sich nicht leisten kann, halt nicht. Das ist die Situation.

(Zuruf des Abgeordneten Sebastian Körber (FDP))

– Jetzt bin ich dran. Jetzt hören Sie mir zu! Ich habe Ihnen beim Vortragen Ihres Fragenkomplexes auch zugehört.

Sie haben darauf hingewiesen, dass Kommunalwahl ist, und hinzugefügt, dass die Menschen wissen sollten, wen sie wählen. In Vilshofen wissen sie es: Alle im Vilshofener Stadtrat vertretenen Parteien – CSU, FREIE WÄHLER, SPD, GRÜNE, alle miteinander – haben diesem Ansatz zunächst einmal zugestimmt; sie rudern jetzt, auch angesichts des Drucks, ein Stück weit zurück. Die FDP ist dort natürlich nicht präsent – wie in fast keinem Kommunalparlament in Bayern. Tut mir leid!

(Martin Hagen (FDP): Wir stellen in Landshut den Oberbürgermeister! Sie liegen bei unter 10 %!)

Sie haben halt keine Sensibilität für kommunalpolitische Verantwortlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Für die nächste Zwischenbemerkung hat Herr Abgeordneter Ernst Weidenbusch das Wort.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Kollege Flisek, ich bin sehr dafür, dass wir die Debatte auf ein sachliches Niveau zurückführen. Ich glaube schon, dass man Folgendes einräumen muss: Es ist grundsätzlich schwierig, wenn man Auszeichnungen einführt, die ihren Ursprung in der Deutschen Demokratischen Republik haben. Die farbige Hausnummer war die Auszeichnung für eine "Vorbildliche Hausgemeinschaft", die die DDR eingeführt hat. Sie wurde dann vergeben, wenn die Bewohner besonders vorbildlich – im Sinne des Sozialismus – waren.

(Zurufe von den GRÜNEN: Ah!)

Das macht so eine Auszeichnung als solche, völlig unabhängig von dem Inhalt, um den es geht, diskreditierbar. Es war eine kluge Idee von Herrn Gams, Erster Bürgermeister der Stadt Vilshofen, auf die Kritik zu reagieren. Er hat gestern gesagt, dass er das negative An-den-Pranger-Stellen nicht haben will. Deshalb gibt es in Zukunft eine Urkunde und den 50-Euro-Gutschein für einen Baum. Der Kriterienkatalog dafür bleibt erhalten.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Ernst Weidenbusch (CSU): Ich meine, das ist ein vernünftiger Umgang mit der Kritik. Die Vorgehensweise dieser Gemeinde ist sehr umsichtig. Ich hoffe, Sie teilen diese Ansicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Christian Flisek (SPD): Herr Kollege Weidenbusch, tatsächlich glaube ich, dass der von mir – wie ich glaube, völlig zu Recht – kritisierte China-Vergleich nicht dadurch besser wird, dass China durch die DDR ersetzt wird. Das macht es wirklich nicht besser.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich appelliere noch einmal an Sie und an alle, die emotional darüber diskutieren, sich angesichts der Tatsache, dass Kommunalpolitik in den allermeisten Fällen immer noch ein Ehrenamt ist, in der Sprache ein wenig zu mäßigen. Das ist mein Appell, nicht mehr und nicht weniger. Wir sollten diesen kommunalpolitisch aktiven Leuten nicht unterstellen, in der Nähe von diktatorischen Regimen, sei es zeitgenössischen oder historischen, zu sein. Das ist das eine Wichtige.

Ich würde mich sehr freuen, wenn die CSU-Landtagsfraktion die Kolleginnen und Kollegen Kommunalpolitiker – Bürgermeister, Landräte – aller von Ihrer Partei geführten Städte und Landkreise, die in der Vergangenheit Systeme für grüne Hausnummern eingeführt haben, an einen Tisch einladen und ihnen die hier geäußerte Kritik mitteilen würde.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet.

Christian Flisek (SPD): Ich bin gespannt, ob Sie uns davon berichten werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächstem Redner darf ich Herrn Staatsminister Glauber das Wort geben. Bitte schön.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Die Bayerische Staatsregierung lehnt jegliche Form von sozialem Scoring ab. Das gilt auch für ein Scoring ökologischen oder ehrenamtlichen Engagements. Das Einteilen von Menschen in Klassen ist mit der Bayerischen Staatsregierung nicht zu machen, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lieber Martin, ich schätze dich sehr.

(Martin Hagen (FDP): Das beruht auf Gegenseitigkeit!)

Aber – jetzt kommt das Aber – schaue dir deine heutige Rede noch einmal online an. Man kann so einsteigen. Aber dein Beitrag war zu hart; denn der China-Vergleich ist nicht zutreffend.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Für alle in diesem Hohen Haus, zumindest für die große Mehrheit, nehme ich in Anspruch, dass wir gegen ein solches Scoring, gegen eine Einteilung von Menschen in Klassen sind. Auch für alle diese Kolleginnen und Kollegen möchte ich das Wort ergreifen.

Kolleginnen und Kollegen, eines sollte uns auch klar sein: Wir alle, und da möchte ich vielleicht die AfD-Fraktion ausgrenzen, weil die kommunal wahrscheinlich anders vorgehen – –

(Zurufe von der AfD: Unglaublich! – "Ausgrenzen", genau das machen Sie! – Weitere Zurufe von der AfD)

– So gehen Sie auch mit der Gesellschaft um.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD: Sie sollten darüber nachdenken, wie Sie mit uns umgehen!)

Die Parteien, die in Kommunalparlamenten vertreten sind, wissen, dass dort über Fraktionsgrenzen hinweg, das heißt gemeinsam, Auszeichnungen beschlossen werden. Das sind zum Beispiel farbige Hausnummern oder goldene Schmuckziegel. Einige Kommunalparlamente vergeben eine Auszeichnung, weil der Gartenzaun besonders schön ist. Zum Teil wird sogar gefordert, dass nur ein bestimmter Gartenzaun errichtet oder ein bestimmter Dachziegel verwendet wird.

Kolleginnen und Kollegen – das sage ich gerade jetzt, vor Weihnachten –, lasst bitte die Kirche im Dorf! Besinnen wir uns auf die Dinge, die wirklich wichtig in Bayern sind. Diese Diskussion hat uns sauber eine Stunde beschäftigt; ich glaube, es gibt Wichti-

geres. Wir stehen ganz klar für kommunale Selbstverwaltung. In einer kommunalen Selbstverwaltung sollten wir es den Kommunalpolitikern vor Ort überlassen, wie sie Dinge aufsetzen. Ich glaube, das ist auch für den Landtag der richtige Ansatz. Kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut. Leben wir sie!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister, sind Sie am Ende Ihrer Ausführungen angelangt?

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Ja.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich musste erst sicher sein. – Dann darf ich zu einer Zwischenbemerkung Herrn Abgeordneten Martin Hagen das Wort erteilen.

Martin Hagen (FDP): Sehr geehrter Herr Minister, lieber Thorsten, Kritik an Entscheidungen, auch an Entscheidungen von Kommunalpolitikern, muss immer legitim sein.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Natürlich.

Martin Hagen (FDP): Etwas Unsinniges – und aus meiner Sicht sogar Gefährliches, weil es in eine gefährliche Richtung geht – ist beschlossen worden, und Sie sagen hier, wenn wir uns darüber unterhalten: Habt ihr nichts Wichtigeres zu tun? Ich frage umgekehrt: Hat denn Vilshofen nichts Wichtigeres zu tun, als seine Bürger danach zu bewerten, was sie essen und wie oft sie Auto fahren? Das ist doch der Punkt.

(Christian Flisek (SPD): Was ist denn das für eine Auffassung von kommunaler Selbstverwaltung?)

Vielleicht schauen wir uns, gern gemeinsam, meine Rede nachher noch einmal an. Ich habe niemanden persönlich angegriffen. Aber für mich ist ein System, in dem Bürger ihr persönliches Verhalten von der Nahrungsmittelaufnahme über die Mitgliedschaft in Vereinen – in einigen Kommunen – bis hin zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel of-

fenlegen, um dann von öffentlicher Seite bewertet zu werden, vergleichbar mit dem, was in China passiert.

(Christian Flisek (SPD): Lesen Sie sich erst einmal den Kriterienkatalog durch!)

Ich finde, es ist nicht populistisch, einen solchen Vergleich zu ziehen. Darüber mögen wir unterschiedlicher Meinung sein.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das ist kein persönlicher Angriff. Wir sind mittlerweile sogar mit den GRÜNEN einig, dass das ein Irrweg war.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Martin Hagen (FDP): Wenn diese Debatte dazu geführt hat, dass das hier ausgesprochen werden konnte, dann war sie schon zu etwas gut.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Martin, ich habe am Anfang meiner Rede klar gesagt, dass jegliche Form von sozialem Scoring abzulehnen ist. Darüber sind wir uns völlig einig. Gut gedacht ist noch lange nicht gut gemacht. Auch das hat die Diskussion doch klar gezeigt.

Ich wollte damit nur sagen: Wir sollten vorsichtig sein. Auszeichnungen in ähnlicher Form gibt es seit vierzig Jahren. Sie wurden über alle Parteigrenzen hinweg beschlossen. Es gibt diese Auszeichnungen. Social Scoring, ökologisches Scoring, Scoring von Menschen in jeglicher Form ist abzulehnen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER), Christian Flisek (SPD) und Martin Hagen (FDP))

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die beiden Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/5313 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der FDP und der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Wer ist dagegen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der SPD. Wer enthält sich? – Der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/5390 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP. Wer ist dagegen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion der SPD und die Fraktion der AfD. Wer enthält sich? – Die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Damit ist auch dieser Antrag angenommen.